

Seitz, Klaus

Bildung 2000: Dornröschenschlaf der Bildungspolitik?

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 14 (1991) 3, S. 34-35



Quellenangabe/ Reference:

Seitz, Klaus: Bildung 2000: Dornröschenschlaf der Bildungspolitik? - In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 14 (1991) 3, S. 34-35 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-64487 - DOI: 10.25656/01:6448

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-64487>

<https://doi.org/10.25656/01:6448>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

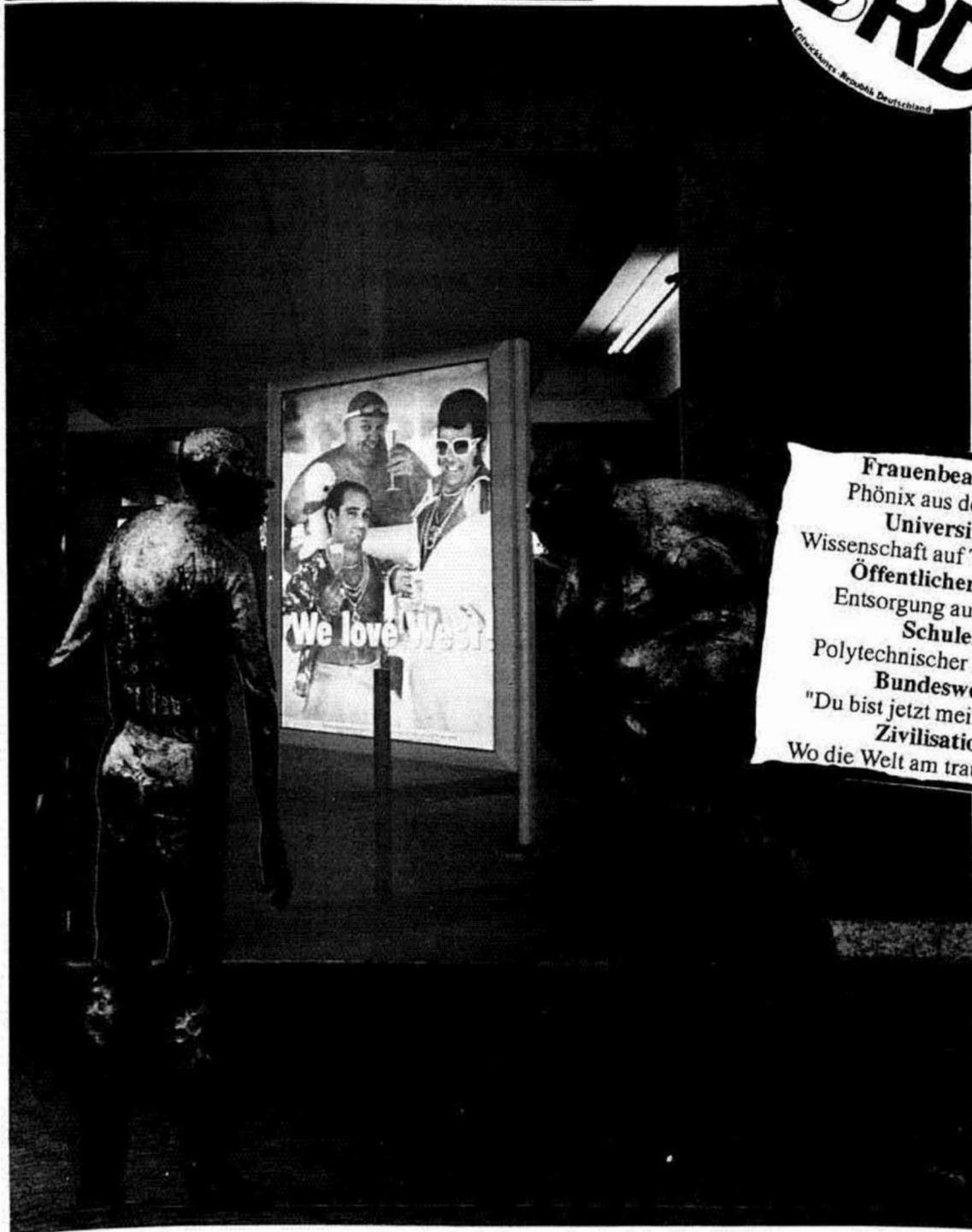
Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz
Leibniz-Gemeinschaft

Deutschland
Ost - West

ZEP



Frauenbeauftragte
Phönix aus der Asche?
Universitäten
Wissenschaft auf Tauchstation
Öffentlicher Dienst
Entsorgung auf deutsch
Schulen
Polytechnischer Abgang
Bundeswehr
"Du bist jetzt mein Freund"
Zivilisation
Wo die Welt am traurigsten ist

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik

Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik

14.Jahrgang

Oktober

3

1991

ISSN 0175-0488D

Inhalt:

Louise Jochims	2	Mehr gestellt als Gleich Eindrücke einer frauenpolitischen Begegnungswoche mit Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meißen und Leipzig
Albert Franke	10	Wo kommen wir her? Wo treibt man uns hin?
	13	Nicht geeignete Personen für öffentlichen Dienst
	14	".. Berufswechsel ist nahezulegen"
	15	"Entlassung ist vordringlich.."
Frank Ahlers	17	DDR-Schulen im Umbruch Ein Rückblick in Fakten und Zahlen
H.-P. von Kirchbach	20	Zusammenwachsen lernen oder: Über den schwierigen Versuch aus Feinden Freunde zu machen
ZEPpelin	26	Es fährt ein Zug nach irgendwo...
	27	Entwicklungspädagogische Initiative in Ostdeutschland
United Nations	28	Auszüge aus dem "Human Development Report" 1991
Kommentar	34	Bildung 2000: Dornröschenschlaf der Bildungspolitik?
	35	Leserbrief
	36	Rezensionen
	40	Informationen

Impressum: ZEP - Zeitschrift für Entwicklungspädagogik. Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik. 14.Jg 1991 Heft 3. Die Zeitschrift erscheint im Verlag Schöppe & Schwarzenbart Tübingen / Hamburg. Herausgeber: Gesellschaft zur Förderung der Entwicklungspädagogik GfE Geschäftsführender Herausgeber: Alfred K. Tremel Redaktionsanschrift: 2055 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. Redaktions-Geschäftsführer: Arno Schöppe, Tel. 040/6541-2921. Redaktion: Prof.Dr. Asit Datta, Hannover; Dr. Hans Gängler, Dortmund; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dipl.Päd. Ulrich Klemm, Ulm; PD Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Klaus Seitz M.A., Nellingsheim; Prof.Dr. Alfred K. Tremel, Hamburg. Kolumne: Barbara Toepfer (ZEPpelin), Amöneburg; Ständige Mitarbeit: Irene Gocht (Lyrik, Kurzprosa), Tübingen; Achim Heinrichs (Fotos), Tübingen. Technische Bearbeitung/EDV: Heike Selinger, Britta Stade, Claudia Stern (incl. Layout) Anzeigenverwaltung: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. Verantwortlich i.S.d.P.: Arno Schöppe für den Themenschwerpunkt; im übrigen der geschäftsführende Herausgeber Titelbild: Achim Heinrichs Fotos: Achim Heinrichs, Tübingen (sowie div. Privatfotos);

Anmerkung: Generische Maskulina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement DM 28,- Einzelheft DM 7,-; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlagsanschrift: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. ISSN 0175-0488 D

 Kommentar Kommentar Kommentar Kommentar

Bildung 2000: Dornröschenschlaf der Bildungspolitik?

Die bewegten Zeiten, in denen um bildungspolitische Fragen in öffentlichen Auseinandersetzungen und Landtagswahlkämpfen gestritten wurde, sind längst vorüber. Seit dem abrupten Abschwung der Bildungskonjunktur der frühen siebziger Jahre und der Auflösung des Deutschen Bildungsrates führt die Bildungspolitik ein Schattendasein. Daran hat auch die historische Entscheidung des Deutschen Bundestages wenig geändert, zum bisher ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Enquete-Kommission zu bildungspolitischen Fragen einzusetzen. Den Schlußbericht, den die Enquete-Kommission "Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000" unter dem Vorsitz von Eckart Kuhlwein im September 1990 nach fast dreijähriger Arbeit vorlegen konnte, stieß bislang weder in Politik und Öffentlichkeit, noch in Erziehungswissenschaft und Bildungspraxis auf nennenswerte Resonanz (hervorzuheben ist allenfalls die kritisch-distanzierte Auseinandersetzung des Arbeitskreises "Bildung 2002" mit dem Enquete-Bericht, vgl. Buchbesprechung in diesem Heft).

Dabei umriß die im Einsetzungsauftrag des Bundestages formulierte Tagesordnung einen Problemhorizont, angesichts dessen die Kommissionsarbeit höchste Aufmerksamkeit verdient gehabt hätte - trotz der Unzulänglichkeit der Antworten, die die Kommission letztlich zu geben vermochte. Denn die Bundestagsparteien hatten sich vorgenommen, nach bildungspolitischen Antworten auf die bevorstehenden technologischen Umwälzungen der Industriegesellschaft, auf den gesellschaftlichen Strukturwandel, die anwachsenden ökologischen Probleme und die zunehmende internationale Interdependenz zu suchen. Neben der besonderen Rolle, die dem Bildungswesen der Zukunft für das ge-

sellschaftspolitische Ziel der Geschlechtergleichstellung zukommen müsse, sollten schließlich auch die bildungspolitischen Konsequenzen aus der Schaffung des EG-Binnenmarktes eigens thematisiert werden.

Zu allen diesen Aspekten finden sich im Schlußbericht denn auch blumige Anmerkungen. Von einem Orientierungsrahmen für die zukünftige Bildungspolitik allerdings kann wohl kaum die Rede sein. Denn einerseits hat die vollständige Ausblendung des Bereichs der allgemeinbildenden Schulen die Auseinandersetzung mit den heikelsten bildungspolitischen Fragen von vorne herein ausgeschlossen. Auf Druck vor allem der unionsregierten Länder hatte die konservative Mehrheit im Bundestag die Begrenzung des Arbeitsauftrages der Enquete-Kommission auf jene Bildungsbereiche durchgesetzt, die in Bundeskompetenz stehen, also die Berufs- und Weiterbildung, sowie die Hochschulen. Daß die Länder keine Abstriche an ihrer Schulhoheit hinzunehmen gewillt sind mag ja seine guten Gründe haben - daß dem Bundestag allerdings die Legitimation abgesprochen wird, über grenzüberschreitende Herausforderungen für das Schulwesen nachzudenken, belegt den höchst provinziellen Charakter des bundesdeutschen Bildungsföderalismus. Immerhin hatten die Grünen und die SPD die Einsetzung dieser Enquete-Kommission zunächst gerade auf dem Hintergrund der breiten Schülerproteste der Jahre 1986 und 1987 beantragt. Die brisanten Problemen, die die Schüler auf die Straße getragen hatten, konnte nun im Enquete-Bericht nicht mehr zur Sprache kommen.

Die Reichweite der Empfehlungen bleibt aber auch aus einem zweiten formalen Grund höchst begrenzt: in kaum einer substantiellen Frage vermochten sich

konservativ-liberale und rot-grüne Kommissionsmitglieder auf eine gemeinsame Position zu einigen. Die Gemeinsamkeiten beschränken sich weitgehend auf allgemeine Leerformeln und konvergierende Auffassungen zum Arbeitsschwerpunkt "Bildung in Europa". In allen wesentlichen Bereichen ist der Schlußbericht konsequent zweigleisig angelegt und in eine (konservativ-liberale) Mehrheitsauffassung und (rot-grüne) Minderheitsauffassung geteilt. Nicht die Kontroverse an sich ist beklagenswert, als vielmehr die ihr zugrundeliegende strikte parteipolitische Polarisierung. Trotz der bildungspolitischen Flaute der letzten Jahre hält sich erstaunlich hartnäckig jene parteipolitisch-ideologische Konfrontation, in der sich die Bildungspolitik oftmals jenseits aller Sachfragen zu Beginn der siebziger Jahre zerrieb. Eine höchst dürftige Lernfähigkeit offenbart dabei vor allem die konservative Position, deren Mehrheitsauffassung im zentralen Abschnitt "Grundherausforderungen und Orientierungen für die zukünftige Bildungspolitik" scheinbar bruchlos an die gegenreformerischen "Mut zur Erziehung"-Appelle der siebziger Jahre anzuschließen vermag. Die Problemlage der Zukunft wird primär als ein Werte-Problem beschrieben - die Aufgabe von Erziehung angesichts eines verwirrenden Wertewandels ist es, "zu einer Stabilisierung der Wertlage" (S. 19) beizutragen. Immerhin kommen auch konservative Bildungspolitiker nicht umhin, die bislang von ihnen verteufelten, aber nun vom wirtschaftlich-technologischen Wandel erzwungenen neuen Werte "wie Emanzipation, Gleichbehandlung, Kreativität, Ungebundenheit und Selbstverwirklichung" (ebd.) anzuerkennen und mit den alten Pflicht- und Akzeptanz-Werten zu versöhnen. Die soziale, wirtschaftliche und technologische Entwicklung schreitet voran, die Erziehung

Kommentar Kommentar Kommentar Leserbrief

soll, indem sie "Sinnorientierung" und "Selbstbeherrschung" vermittelt, dafür sorgen, daß der Mensch noch mitkommt...

Das Verhältnis zwischen Bildung und technologischem Strukturwandel wird demgegenüber in der Minderheitsauffassung differenzierter bestimmt. Hier wird die Reduzierung der Bildung z.B. durch das Konzept der Schlüsselqualifikationen auf die Lern- und Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnden sozialen und beruflichen Bedingungen ebenso zurückgewiesen wie ein gegenüber gesellschaftlichem Wandel blindes neuhumanistisches Bildungsideal. Gesucht wird nach einer "verbindenden Bildungsidee", die sich auf die Prinzipien "Verständigungsfähigkeit", "Erkenntnisfähigkeit" und "Gestaltungsfähigkeit" stützt. Die Forderungen nach der Verankerung des Menschenrechts auf Bildung als Grundrecht in einer neuen deutschen Verfassung und zur Gleichstellung der Frau, die Überlegungen zur Neuverteilung der Lernzeiten auf das Leben, die Umrisse einer ökologisch orientierten Handlungskompetenz und die Folgerungen aus der Internationalisierung von Bildungswesen und Gesellschaft, eröffnen durchaus eine Reihe von bildungspolitischen Perspektiven über das Jahrzehnt hinaus, über die weiter nachzudenken lohnt.

In Mehrheits- wie in Minderheitsposition allerdings bleibt die pädagogische Herausforderung den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen nachgeordnet. Bildung wird als Instrument zur Bewältigung des sozialen Wandels bzw. zur Abfederung seiner Folgen verstanden. Die pädagogische Hybris der Bildungsreform-Ära ist auch bei den "Linken" verfloren. Davon, daß Bildungspolitik ein Hebel der Gesellschaftsreform sei, wie man seinerzeit erhoffte, ist heute nicht mehr die Rede. Dies kann wohl auch aus der Sicht staatstragender Parteien nicht mehr widerspruchsfrei formuliert werden. So aber kommt nicht in den Blick, welchen Beitrag Lern-, Erziehungs- und Bildungsprozesse für die Gestaltung unserer Zukunft - und nicht nur ihre bloße Bewältigung - leisten können und müssen.

Auch in einem anderen bildungspolitischen Positionspapier des vergangenen Jahres kommt diese eher fatalistische Einstellung zum Gang des sozialen und wissenschaftlich-technologischen Wan-

dels, die der Bildung nur noch den Rang eines nachträglichen Reparaturmechanismus einräumt, zum Ausdruck. Der damalige Bildungsminister Möllemann hatte im Januar 1990 eine Kommission von Experten unter Leitung von Hellmut Becker damit beauftragt, Vorschläge zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" in geeignete Bildungsmaßnahmen zu entwickeln. Der Ergebnisbericht "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung" wurde im Juli 1990 vorgelegt. Zwar konnte von diesem Bericht aufgrund des eng umgrenzten Arbeitsauftrages und der höchst heterogenen Mitgliederstruktur gewiss kein Entwurf für eine ökologisch orientierte Bildungsreform erwartet werden, gleichwohl bleiben die formulierten Empfehlungen angesichts der dramatischen Problemlage erstaunlich blaß. Als erste Herausforderung an das Bildungssystem wird formuliert, Mensch und Natur als Einheit zu sehen. Interdisziplinäre Herangehensweise, fächerverbindender Unterricht, handlungsorientiertes Lernen, ökologische Fundierung der Lehrerbildung und ähnlich lauten die pragmatischen Empfehlungen der Kommission. Die Anleitung zur individuellen Verhaltensänderung steht dementsprechend im Mittelpunkt, auch wenn einleitend wenigstens darauf verwiesen wird, daß auch andere Konzeptionen der Umweltbildung denkbar wären, die z.B. die Bedeutung der politischen Entscheidungsebene oder eines kollektiven Bewußtseinswandels stärker betonen.

Bei allen Unzulänglichkeiten, die beiden bildungspolitischen Berichten anzurechnen sind, geht von ihnen doch ein positives Signal aus: an der Schwelle zum 21. Jahrhundert scheint die Bildungspolitik langsam aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwachen. Die Auseinandersetzung über die zukünftigen Aufgaben des Bildungssystems sollte allerdings nicht staatlich beauftragten Experten- und Politiker-Kommissionen vorbehalten bleiben. Alternative Bildungsräte auf den verschiedensten Ebenen und unter Partizipation der Lehrenden und Lernenden könnten dazu beitragen, die notwendige öffentliche Diskussion über die zukünftige Bildungspolitik wachzurütteln.

(Klaus Seitz)

Leserbrief

Vielleicht schon heute einige Gedanken zum Thema. Ich las den Artikel von Vera Fünfstück (ZEP 1/91). Vieles, was die interviewten Jugendlichen aussagen, ist die krasse Wirklichkeit, in der wir leben. Ich persönlich finde, wir aus dem Osten werden für ziemlich dumm verkauft. Allerdings möchte ich auch beinahe denken, die Schuld liegt bis zu einem gewissen Grad auch bei uns selbst. Ich bin bestürzt über die Naivität, die hier herrscht; wie sich die Menschen von der Medienwelt beeinflussen lassen. Man ist dem scheinbar noch nicht so recht gewachsen. Das ist allerdings auch kein Wunder, bei der Medienflut, welche uns hier überschwemmt. Letztens weilte ich in Köln und staunte, welche gute Literatur in den Buchläden angeboten wird. Bei uns - nur Kitsch! Ja, man sollte die Dinge tatsächlich beim Namen nennen. Überhaupt scheint die "Kitschindustrie" bei uns einen reißenden Absatz zu haben. Meiner Meinung nach müßten die sogenannten Kosten der Einheit längst erbracht sein, betrachtet man die Umsatzsteigerung verschiedenster Firmen (westlicher Firmen, natürlich). Das Phänomen Werbung tut sein Bestes. Und das ist für mich besonders erschreckend. Denn ich habe den Eindruck, die Medienwelt dient in hohem Grade dazu, durch psychologisch ausgeklügelte Verfahrensweisen den Menschen so zu "erziehen", wie ihn die Mächtigen brauchen. Einkaufsfreudig, zunehmend materiell anspruchsvoll, um seine Existenz bzw. den Verlust seiner persönlichen Vorteile bangend, deshalb politisch anpassungsfähig und untertänig. Denn letztendlich ist es ja doch der kleine Mann von der Straße, der durch seinen Konsum und seine Steuerabgaben den Weltmarkt aufrechterhält. Würde der Verbrauchermarkt nicht mehr funktionieren, es wäre der Zusammenbruch der "industrialisierten" Welt. Nicht umsonst werden die größten Bestrebungen unternommen, die Absatzmärkte bis in den letzten Winkel der Erde auszudehnen. Und deshalb (nur deshalb) müssen auch noch die letzten "Primitiven" "zivilisiert" werden. Obwohl ich jetzt etwas abschweifen mag, möchte ich ein konkretes Beispiel aus Laos, also meinem Spezialgebiet, einfügen. Im nachbarlichen Schwellenland Thailand, dessen Wirtschaft zu einem beachtlichen Teil in ausländischer Hand liegt, ist der Binnenmarkt erschlossen und weitgehend ausgefüllt. Also mußte man sich nach neuen Absatzmärkten umsehen. Man richtete seinen Blick also nach Norden, nach Laos. Die Laoten aber, ein sehr genügsames und materiell anspruchsloses Volk, welches